



10. Mai 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Kabinett beschließt Rentenerhöhung und Wohngeldreform**
- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz kommt**
 - **Bessere Anerkennungsmöglichkeiten für Ausbildungsfahrlehrer**
 - **EU-Prospektverordnung**
 - **Psychotherapie wird universitäres Studienfach**
 - **Weitere Beratungen im Bundestag**
- **Rechtsanwaltsgebühren zukunftssicher gestalten**
- **Innovationsfonds hat sich etabliert**
- **Die Woche in Bildern**
- **Parlamentarisches Patenschafts-Programm**

Kabinett beschließt Rentenerhöhung



Zum 1. Juli steigen die Renten. Im Westen werden die Altersbezüge um 3,18 Prozent erhöht, im Osten um 3,91 Prozent. Das hat das Kabinett auf Vorschlag von Arbeitsminister Hubertus Heil heute beschlossen. Als nächsten Schritt wollen wir die Grundrente

eingeführen - unabhängig vom Einkommen des Partners oder der Partnerin.

... und Wohngeldreform

Für Menschen mit kleineren Einkommen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt besonders schwierig. Darum erhöhen wir den Zuschuss zur Miete zum 1. Januar 2020. Zusätzlich sorgen wir dafür, dass das Wohngeld in Zukunft regelmäßig überprüft und an Mietpreise und Einkommen angepasst wird.



Von der Wohngeldreform werden rund 660.000 Haushalte profitieren.

Diese Woche im Deutschen Bundestag

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz kommt



Das Gesetz haben wir in erster Lesung im Bundestag behandelt. Das ist ein großer Erfolg für ein weltoffenes, modernes, wirtschaftlich erfolgreiches und sozial stabiles Deutschland. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lange gekämpft. Denn Deutschland braucht

Fachkräfte, auch aus dem Ausland. Nur so können wir Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für die Zukunft erhalten. Jetzt wird endlich klar geregelt, wer kommen kann und wer bleiben darf.

So steuern wir die Einwanderung nicht nur von Hochqualifizierten, sondern auch von Fachkräften mit Berufsausbildung. Wer bereits geduldet ist, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hat und gut integriert ist, bekommt die Chance, hier zu bleiben.

Das regeln wir:

- Die Öffnung des Arbeitsmarktes - auch für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung
- Möglichkeiten der Einreise zur Arbeitsplatz- und beschränkt zur Ausbildungssuche
- Bessere Perspektiven auf einen unbefristeten Aufenthalt
- Mehr Möglichkeiten für den Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- Die Beschleunigung von Anerkennungsverfahren
- Die Vereinfachung von Verfahren, insbesondere bei der Visa-Erteilung
- Die einheitliche Ausbildungsduldung und eine neue Beschäftigungsduldung, im Rahmen eines eigenen Gesetzes

Bessere Anerkennungsmöglichkeiten für Ausbildungsfahrlehrer

Die Änderung des Fahrlehrergesetzes ist beschlossen. Das im Jahr 2017 vollständig neu gefasste Gesetz wird mit dieser Novellierung verbessert.

Die wesentlichen Änderungen betreffen die Anforderungen an Ausbildungsfahrlehrende, die Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer für den Beruf qualifizieren. Diese sollen zukünftig auf Antrag eine amtliche Anerkennung als Ausbildungsfahrlehrende erhalten, wenn sie drei Jahre Tätigkeit als Fahrlehrende in einer Fahrschule nachweisen können. Nach amtlicher Anerkennung ist dann der Weg frei für die berufspraktische Weiterbildung als Ausbilder der zukünftigen Fahrlehrergeneration.



Die EU-Prospektverordnung



Die EU-Prospektverordnung regelt die Offenlegung von Informationen über Wertpapiere (in Form von Informationsprospekten), wenn diese öffentlich angeboten und für den Wertpapierhandel zugelassen werden. Zukünftig erhalten Anleger noch mehr Informationen über sie

interessierende Wertpapiere und sind dadurch besser geschützt. Gleichzeitig wird die Erstellung der Prospekte vereinfacht, was insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierungen erleichtert.

Die Bundesregierung wird bis Ende 2021 überprüfen, ob auch GmbHs von einer Prospektfreiheit profitieren können. Gerade weil in Deutschland die meisten kleinen und mittleren Unternehmen in der Rechtsform der GmbH geführt werden, ist es wichtig, diese Unternehmen von Bürokratie zu entlasten.

Psychotherapie wird universitäres Studienfach

Um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu stärken, soll die Berufsausbildung zur Psychotherapeutin und zum Psychotherapeuten bzw. der Zugang zum Beruf zukünftig einheitlicher, für alle gleich und attraktiver gestaltet werden.

Aus diesem Grund beriet der Bundestag diese Woche in erster Lesung den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung. Dieses novelliert den Ausbildungsweg der Psychologischen Psychotherapie bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, der mit dem Psychotherapeutengesetz von 1998 bislang weitestgehend unverändert blieb. So kann auch künftig eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte, flächendeckende und an den aktuellen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten ausgerichtete Versorgung auf dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse sichergestellt werden.

Mit der Reform soll zukünftig ein eigenständiges wissenschaftliches Masterstudium Voraussetzung zur Erteilung der Approbation sein. Dieses wird sich strukturell vom bisherigen Ausbildungsweg (Studium der Psychologie mit anschließender Therapieausbildung und Approbation) unterscheiden und im Rahmen eines fünfjährigen Hochschulstudiums den Zugang zum Beruf eröffnen. Das Studium wird übergreifend und nicht alters- oder verfahrensspezifisch ausgerichtet sein und mit einer staatlichen Prüfung, der Approbation, abgeschlossen.



Das Studium wird übergreifend und nicht alters- oder verfahrensspezifisch ausgerichtet sein und mit einer staatlichen Prüfung, der Approbation, abgeschlossen.

Anschließend ist der Weg zu einer verfahrensspezifischen (z. B. Verhaltenstherapie, analytische Psychotherapie, tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie und zukünftig auch die Systemische Therapie) oder altersorientierten Weiterbildung (z. B. Kinder und Jugendliche oder Erwachsene) eröffnet, um ein wissenschaftlich anerkanntes psychotherapeutisches Verfahren zu vertiefen. Die neue Studienstruktur orientiert sich damit an anderen akademischen Heilberufsausbildungen.

Weitere Beratungen im Deutschen Bundestag:

Bundeswehreinsatzbereitschaftsstärkungsgesetz

Mit dem Gesetz soll die personelle Situation der Bundeswehr mit Blick auf aktuelle und zukünftige Aufgaben verbessert werden. Gegenstand des Gesetzes sind zahlreiche soziale Verbesserungen und eine bessere Altersabsicherung für Soldatinnen und Soldaten.

Entfristung des Integrationsgesetzes

Nach dem Integrationsgesetz sind international Schutzberechtigte dazu verpflichtet, ihren Wohnsitz drei Jahre lang in einem bestimmten Bundesland und dort an einem bestimmten Ort zu haben. Das will die Bundesregierung mit der Entfristung des Gesetzes zur Dauerregelung machen.

Umsetzung EU-Richtlinie: Öffnung des Marktes für ausländische Schienenpersonenverkehrsdienste

Die EU-Richtlinie sieht eine europaweite Öffnung der nationalen Schienennetze für ausländische Eisenbahnunternehmen vor. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass es zukünftig auch im rein inländischen Verkehr Angebote von Eisenbahnunternehmen mit Sitz im Ausland geben kann.

Umsetzung der zweiten Aktionärsrichtlinie

Mit der Umsetzung der zweiten Aktionärsrichtlinie werden die Transparenzvorgaben für Aktiengesellschaften verschärft und die Mitspracherecht der Aktionäre gestärkt.

IT-Änderungsstaatsvertrag

Damit die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen zügig voranschreiten kann, wird die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen des Bundes und der Länder durch die Schaffung eines IT-Planungsrats verbessert. Außerdem werden zwischen 2020 und 2022 Projekte und Produkte, die auf alle föderalen Ebenen zum Einsatz kommen, mit insgesamt 180 Mio. Euro gefördert.

Antrag Städtebauförderung

Der Antrag unterstreicht den Erfolg der Städtebauförderung und begrüßt gleichzeitig die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die Städtebauförderung weiterzuentwickeln, indem zukünftig auch strukturschwache Regionen und die Zusammenarbeit von Kommunen besser gefördert werden können.

Rechtsanwaltsgebühren zukunftssicher gestalten

In Ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag hat Esther Dilcher dargelegt, dass wir einen starken Rechtsstaat brauchen und Rechtsanwälte ein wichtiger Teil davon sind, die deshalb eine angemessene Bezahlung verdienen. Sie sind notwendig zum Schutz und zur Durchsetzung der Rechte von Einzelnen.



„Wir stehen daher einer Anpassung der Anwaltsvergütung grundsätzlich offen gegenüber“, betonte Dilcher. Und weiter: „Wir sind hierzu auch schon mit Verbänden und dem Bundesjustizministerium in guten Gesprächen.“

Die Anpassung der Anwaltsvergütung hat finanzielle Auswirkungen auf die Länder. Eine Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren wirkt sich auf die Kosten aus, die die Länder im Falle von Prozesskostenhilfe oder Verfahrenskostenhilfe übernehmen müssen.

Daher wurden die Landesjustizverwaltungen (im September 2018) um Stellungnahme zum Vorschlag vom Deutschen Anwaltsverein (DAV) und der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gebeten. Über das weitere Vorgehen wird entschieden, wenn alle Stellungnahmen vorliegen und die Bundesregierung sich ein Bild über die Auswirkungen der Erhöhungen machen kann.

„Wichtig ist für uns dabei, nicht außer Acht zu lassen, dass der Zugang zum Recht nicht erschwert wird“, so Dilcher in ihrer Rede abschließend.

Innovationsfonds hat sich etabliert

Im Auftrag des Gesundheitsministeriums evaluiert die Prognos AG den Innovationsfonds. Dr. Edgar Franke berichtete als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion den Mitgliedern der AG Gesundheit über den Zwischenbericht.

Der Innovationsfonds beim Gemeinsamen Bundesausschuss ist mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) in 2015 geschaffen worden.

Sein Ziel ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Dazu fördert der Innovationsfonds innovative, insbesondere sektorenübergreifende Versorgungsformen und die patientennahe Versorgungsforschung.

Die zur Verfügung stehende Fördersumme beträgt in den Jahren 2016 bis 2019 jeweils 300 Millionen Euro jährlich. Hierbei sind 225 Millionen Euro für die Förderung neuer Versorgungsformen und 75 Millionen Euro für die Versorgungsforschung vorgesehen. Die Mittel für den Fonds werden von den gesetzlichen Krankenkassen und aus dem Gesundheitsfonds getragen.

Die Ergebnisse des Zwischenberichts: Für den Innovationsfonds ist wichtig, dass gut Projekte dann auch in die Regelversorgung eingehen werden.

Rund 220 Projekte werden gefördert. In 119 Fällen ging es um neue Versorgungsformen, in 171 Fällen um die Versorgungsforschung.



Mit der Förderung des Projektes „**ELSAH – Evaluation der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung**“ gibt es auch ein von Edgar Franke und Esther Dilcher initiiertes Projekt in Nordhessen, welches die Versorgung und Betreuung von Palliativpatienten untersucht und letztlich optimieren soll. Gemeinsam mit dem Regionalmanagement Nordhessen konnte Franke das Projekt beim Bund durchsetzen. Damit fließen insgesamt 1, 2 Millionen EURO aus dem Innovationsfonds nach Hessen, davon 400.000 EURO nach Nordhessen.

Diese Woche in Bildern



Edgar Franke traf die Handball-Schulmannschaft der Gesamtschule Melsungen mit ihrem Trainer Reiner Wagner in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

Die Jungs der B-Jugend haben sich erstmalig für das Bundesfinale in Berlin qualifiziert.

Esther Dilcher und Edgar Franke treffen sich mit Personalverantwortlichen des Volkswagen-Konzerns

Volkswagen hatte zu Beginn dieses Jahres einen umfangreichen Stellenabbau angekündigt. Esther Dilcher hatte angeregt, VW nach Berlin einzuladen und das Gespräch mit den Personalverantwortlichen bei VW zu suchen.

Am Donnerstag, zwischen drei namentlichen Abstimmungen im Bundestag, fand das Gespräch mit den Vertretern des VW-Konzerns statt.

Es gibt gute Nachrichten: Der VW-Standort Baunatal ist für die nächsten Jahre gut ausgelastet.



Bild von links: Arne Meiswinkel (Personalleiter) und Gunnar Kilian (Personalvorstand der Volkswagen AG)

Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Fragen rund um Arbeit im digitalen Wandel standen im Zentrum der 26. Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion.

Besonders freute sich Esther Dilcher, dass auch vier Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzende aus ihrem Wahlkreis an der Betriebsrätekonferenz teilnahmen.

Am Abend tauschten sich die hessischen Abgeordneten in der Landesgruppe Hessen mit den Betriebsräten aus ihren Wahlkreisen aus.



V.l.: Dr. Jens Zimmermann, Jan Rauschenberg (Personalrat Bundespolizei), Werner Krell (Betriebsrat Südzucker AG), Dr. Edgar Franke, Oliver Kohlhund (AFA-Vorsitzender UB Kassel) und Esther Dilcher.

Für Esther Dilcher und Edgar Franke hat sich klar bestätigt: „Der digitale Wandel muss gestaltet werden. Das gelingt aber nur, wenn es eine starke betriebliche Mitbestimmung gibt.“ Denn diese sei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Beschäftigten von der Digitalisierung profitierten.



Gesundheitspolitische Diskussionsrunde in Berlin beim Wirtschaftsforum des Apothekerverbandes (DAV)

Wir Sozialdemokraten haben uns schon immer für die Stärkung der Vor-Ort-Apotheken eingesetzt. Insofern unterstützen wir den Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministers,

gerade im Hinblick auf die bessere Honorierung ihrer Beratungsleistungen. Die persönliche und professionelle Beratung vor Ort ist zum Beispiel beim Medikationsplan oder -analyse oder etwa bei der Betreuung spezifischer Patientengruppen von herausragender Bedeutung. Allerdings benötigt der Gesetzentwurf noch einen europarechtlichen Feinschliff!

Wahlkreisfahrt: Diese Woche hat Esther Dilcher 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen der fünften politischen Informationsfahrt in Berlin begrüßen dürfen.



Nach der Ankunft am Hauptbahnhof und einem gemeinsamen Mittagessen startete die diesjährige BPA-Fahrt gleich mit einem Highlight: Nach einem individuellen Rundgang am Brandenburger Tor gab es eine der sehr begehrten Führungen durch das Bundeskanzleramt.

Der zweite Tag begann mit einem ausführlichen Informationsgespräch bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk über die Organisation des Katastrophenschutzes in Deutschland (siehe Bild). Daran schloss sich eine Stadtrundfahrt an. Es folgte noch eine Führung im Museum für Film und Fernsehen.

Auch der dritte Tag wartete mit einem besonderen Ereignis auf: Die Teilnahme im Morgenmagazin im ZDF-Hauptstadtstudio. Anschließend begab sich die Gruppe zum Paul-Löbe-Haus und musste durch den Sicherheitscheck, um in den Bundestag zu gelangen. Hier konnte ich meine Besucherinnen und Besucher endlich persönlich begrüßen und nach dem gemeinsamen Gespräch auch ein Foto mit ihnen machen. Die anschließende Teilnahme an einer Plenarsitzung und der Besuch der Reichstagskuppel rundeten das Programm schließlich ab.

Parlamentarisches Patenschafts-Programm – Jetzt bewerben!



Parlamentarisches Patenschafts-Programm
des Deutschen Bundestages

**Mit dem Bundestag 2020/2021
in die USA!**

Stipendium für Schüler/-innen
Stipendium für junge Berufstätige

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland.

Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030-227-75113

esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27

34497 Korbach

Tel.: 05631-974712

www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c

34582 Borken

Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451 717950

www.edgarfranke.de

Die Bewerbungsfrist für das 37. PPP 2020/21 beginnt am Donnerstag, dem 2. Mai 2019 und endet am Freitag, dem 13. September 2019.

Jetzt unter www.bundestag.de/ppp bewerben!

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2 und 3 SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 4 und 5 www.pixabay.com, Seiten 7, 9 unten und 11 Esther Dilcher, Seiten 8, 9 oben und 10 Dr. Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.